

Landratsamt Zollernalbkreis Abfallwirtschaftsamt



Anlage 5-2

zum

Antrag auf Planfeststellung gemäß § 35 Abs. 2 KrWG

Prüfung auf Erfordernis eines Zielabweichungsverfahrens

Deponie Balingen - Hölderle

Ausbau und Betrieb einer DK I, DK 0 und Weiterbetrieb der DK -0,5 Deponie

Mai 2019, geändert Dezember 2019

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1 Vorbemerkung	3
2 Planerische Vorgaben und Schutzausweisungen	3
2.1 Flächennutzungsplan	3
2.2 Regionalplan Neckar-Alb 2013 (Stand 2. Änderung)	4
2.3 Naturschutzrechtliche Ausweisungen	4
2.4 Bodenschutzrechtliche Ausweisungen	5
2.5 Wasserschutzrechtliche Ausweisungen	5
3 Prüfung des Erfordernisses einer raumordnerischen Zielabweichung	5
3.1 Änderungen in Bezug zur bestehenden Genehmigung	5
3.2 Auswirkungen des Vorhabens auf das VRG Regionaler Grünzug	7
3.3 Ergebnis/ Einschätzung zur Zielabweichung	9

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 3: Naturschutzrechtliche Ausweisungen im Untersuchungsgebiet und Umgebung	4
Tabelle 2: Auswirkungen des Vorhabens auf die Grundsätze und Ziele des VRG Regionaler Grünzug	7

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Ausschnitt FNP Balingen-Geislingen (unmaßstäblich)	3
Abbildung 2: Ausschnitt aus dem Regionalplan Neckar-Alb 2013	4

1 Vorbemerkung

Das Landratsamt Zollernalbkreis beabsichtigt zur Sicherstellung der Entsorgung von mineralischen Abfällen und Erdaushub zwei bereits vorhandene Deponien im Kreisgebiet zu übernehmen, auszubauen und weiter zu betreiben. Eine dieser Deponien ist die Deponie „Hölderle“ in Balingen.

Derzeit besteht in Baden-Württemberg ein Defizit an geeigneten Entsorgungsanlagen, insbesondere für DK I Abfälle. Auch im Zollernalbkreis sowie in den benachbarten Landkreisen sind unzureichend viele DK 0 und DK I Deponien vorhanden.

Die Deponie soll für die Ablagerung von Abfällen, die die Zuordnungswerte für DK 0 und DK I gemäß Deponieverordnung 2016 einhalten, ausgebaut und betrieben werden. Die derzeitigen Deponieabschnitte für DK -0,5 und DK 0 Material werden endverfüllt und zeitnah abgeschlossen.

2 Planerische Vorgaben und Schutzausweisungen

2.1 Flächennutzungsplan

Der Standortbereich der Erddeponie „Hölderle“ ist als Deponiefläche im Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft (VVG) Balingen-Geislingen ausgewiesen (Abbildung 1).

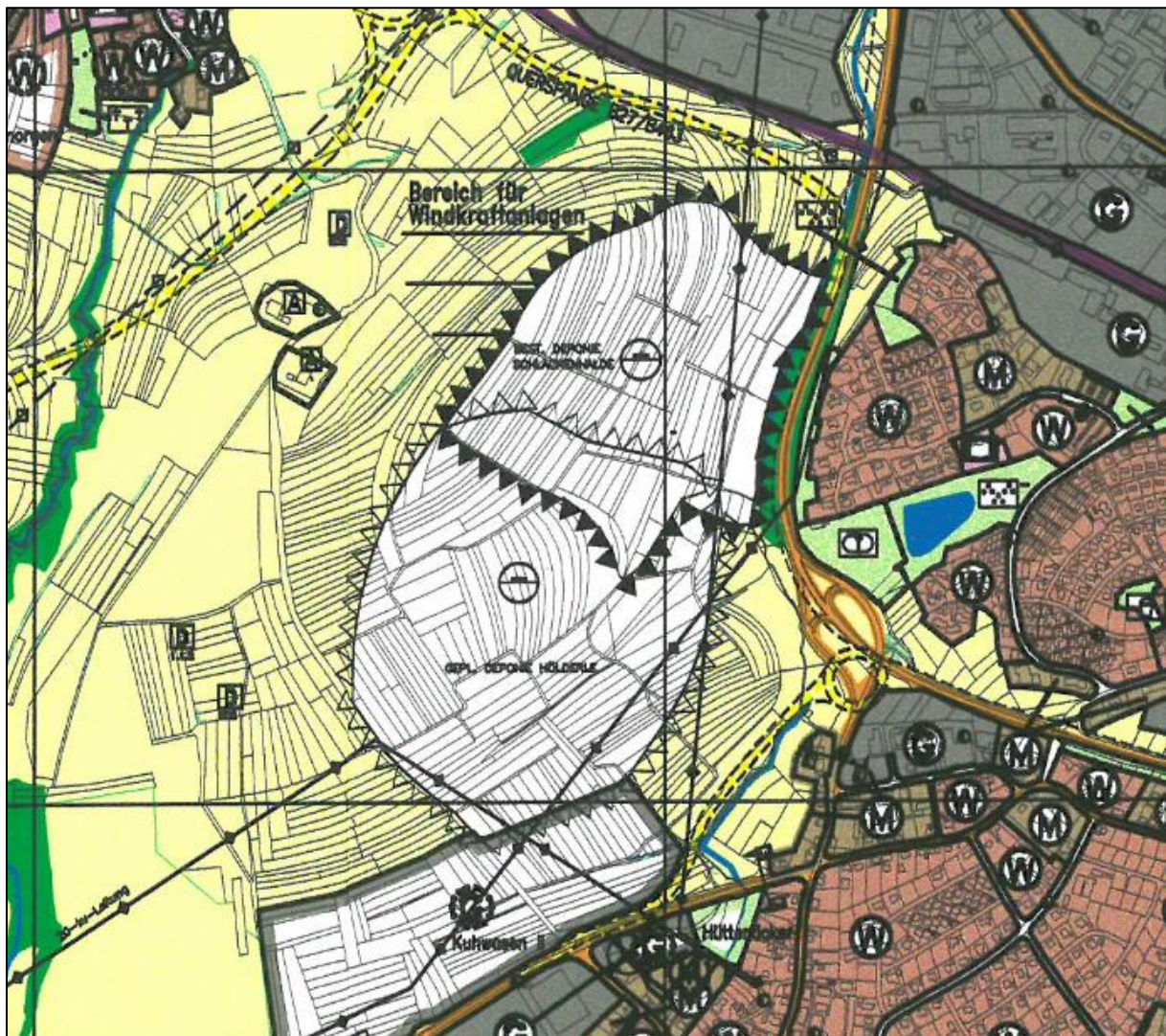


Abbildung 1: Ausschnitt FNP Balingen-Geislingen (unmaßstäblich)

2.2 Regionalplan Neckar-Alb 2013 (Stand 2. Änderung)

Der Regionalplan (2. Änderung, rechtsverbindlich seit 01.09.2017) weist für den Standort der Deponie „Hölderle“ Teilflächen als

- Vorranggebiet (VRG) Regionaler Grünzug
- Vorbehaltsgebiet (VBG) Regionaler Grünzug (südöstlicher Randbereich)

aus.

Der Regionale Grünzug erstreckt sich fast über die gesamte Deponiefläche und geht im südöstlichen Bereich der bestehenden Deponie in ein Vorbehaltsgebiet (VBG) Regionaler Grünzug über (Abbildung 2).

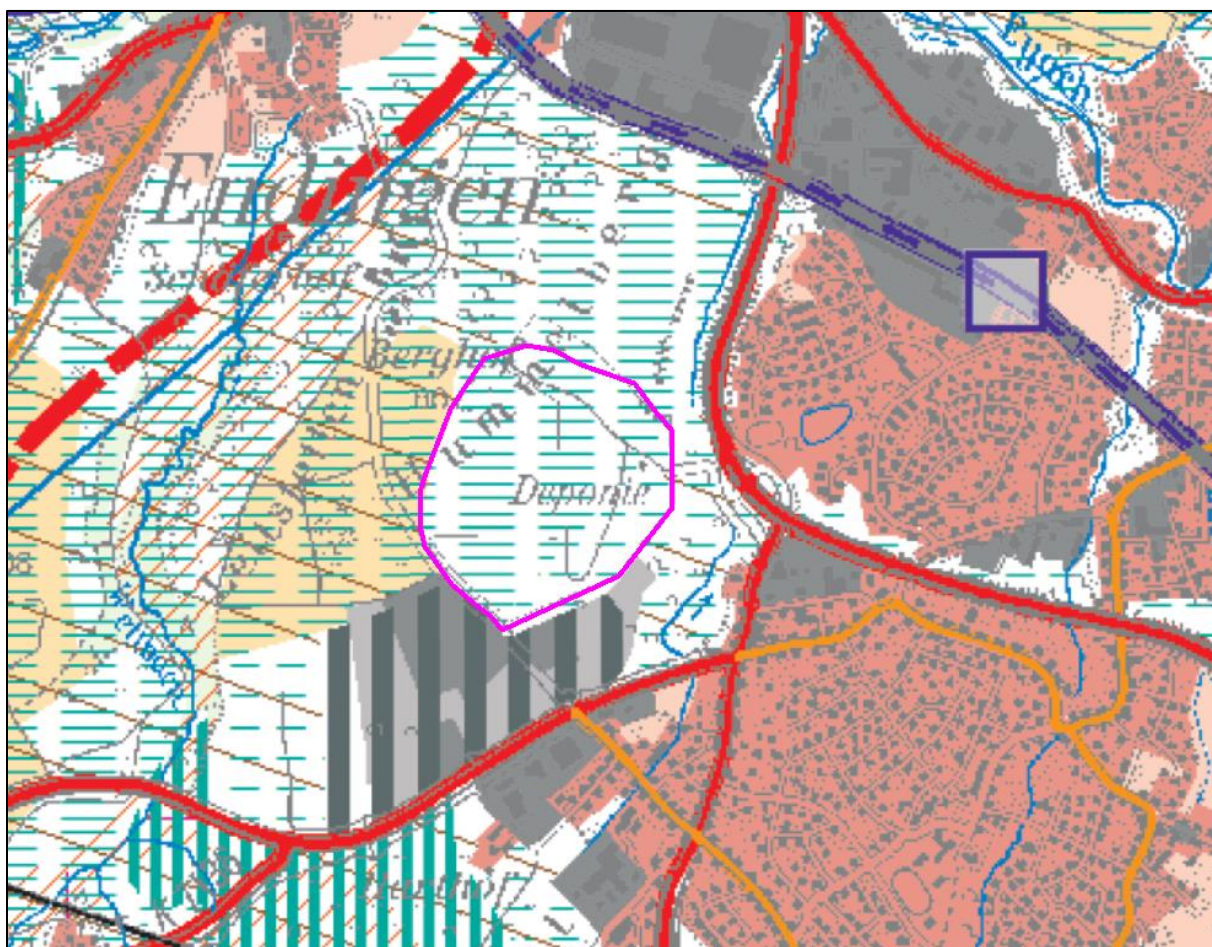


Abbildung 2: Ausschnitt aus dem Regionalplan Neckar-Alb 2013
pinkfarbene Linie = Deponiegrenze

2.3 Naturschutzrechtliche Ausweisungen

Tabelle 1: Naturschutzrechtliche Ausweisungen im Untersuchungsgebiet und Umgebung

Naturschutzrechtliche Ausweisungen	
Biotope nach § 30 BNatSchG/ § 33 NatSchG BW	<p>Nicht direkt betroffen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Offenlandbiotop Nr. 17719-417-2994 „Schlehen-Feldhecke NW Weilstetten „Egert““ in ca.150 m Entfernung südlich. - Offenlandbiotop Nr. 17719-417-2995 „Hühnerbach und Gehölze W Weilstetten“ südöstlich in ca. 150 m Entfernung - Offenlandbiotop Nr. 17719-417-2968 „Feldgehölze S Endingen „Hoher Rain““ nordwestlich in ca. 90 m Entfernung

Naturschutzrechtliche Ausweisungen	
Natura 2000-Gebiete	Nicht betroffen
Naturschutzgebiete	Nicht betroffen
Naturparke	Nicht betroffen
Landschaftsschutzgebiete	Nicht betroffen
Waldschutzgebiete	Nicht betroffen
Überschwemmungsgebiete	Nicht betroffen
Wasserschutzgebiete	Nicht betroffen
Biotopverbundplanung (LUBW)	- Ein kleiner Bereich der südwestlichen Deponiefläche und des Ausbaubereichs liegt innerhalb eines Suchraums 1000 m für „mittlere Standorte“
Wildtierkorridore nach Generalwildwegeplan BW	Nicht betroffen
Naturdenkmale	Nicht betroffen
Kulturdenkmale	Nicht betroffen

2.4 Bodenschutzrechtliche Ausweisungen

Es liegen keine bodenschutzrechtlichen Ausweisungen im Untersuchungsbereich vor.

2.5 Wasserschutzrechtliche Ausweisungen

Es liegen keine wasserschutzrechtlichen Ausweisungen im Untersuchungsbereich vor.

3 Prüfung des Erfordernisses einer raumordnerischen Zielabweichung

Der Regionalplan Neckar Alb 2013 weist für die planfestgestellte Deponie „Hölderle“ das in Kapitel 3.2 beschriebene und in Abbildung 3 dargestellte Vorranggebiet „Regionaler Grünzug“ aus.

Vorranggebiete sind für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen; in diesen Gebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit sie mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen oder Zielen der Raumordnung nicht vereinbar sind. In Vorbehaltsgebieten haben bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht.

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Regionalplans war die Deponie „Hölderle“ bereits seit vielen Jahren in Betrieb und genehmigt. Für das geplante Vorhaben werden keine Flächen außerhalb der bestehenden Planfeststellungsgrenze in Anspruch genommen.

3.1 Änderungen in Bezug zur bestehenden Genehmigung

Die wesentliche Änderung des Vorhabens besteht in der Art des abgelagerten Materials (DK 0 und DK I, bisher nur DK -0,5 und DK 0 auf einem gesonderten Abschnitt). Dadurch ergeben sich höhere Anforderungen an die Abdichtungs- und Sickerwasserfassungssysteme.

Der geplante Ablagerungsbereich für das DK 0/ DK I-Material liegt innerhalb der genehmigten Planfeststellungsgrenze. Der bestehende Ablagerungsbereich für das DK -0,5 Material und der derzeitige Ablagerungsbereich für das DK 0 -Material wird zeitnah verfüllt und abgeschlossen.

Um den geplanten Ausbau für DK0/ DK I-Material vollständig entsprechend der bestehenden Genehmigung zu verfüllen, wird ein Teil der bereits rekultivierten Fläche der Deponie „Hölderle“ (östlicher Rand der Ausbaufäche) und Teile der Böschung zur ehemaligen Deponie „Schlackenhalde“ (nördlicher Rand der Ausbaufäche) in Anspruch genommen.

Es treten folgende Änderungen durch die Planung gegenüber der Genehmigung der bestehenden Deponie ein:

Abfallarten/Abfallmengen:

- Zusätzlicher Einbau von Abfällen mit höheren Schadstoffklassen (DK 0 und DK I)
- Erhöhung der jährlichen Abfallmengen auf voraussichtlich max. 55.000 m³ pro Jahr.

Deponiekörper:

- Keine Überschreitung der genehmigten Deponiehöhe
- Keine wesentliche Änderung der genehmigten Deponieform

Fläche:

- Keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme außerhalb der Planfeststellungsgrenze

Abdichtungssysteme:

- Basis- und Oberflächenabdichtungen entsprechend den Vorgaben der Deponieverordnung

Betrieb:

- Keine baulichen Änderungen im Eingangsbereich
- Geringfügige Erhöhung des Anlieferverkehrs und des Einbaubetriebs auf Grund größerer Abfallmengen
- Verkürzung der Gesamtbetriebsdauer auf Grund der größeren Einbaumengen

Sicherungs-/ Kontrollsysteme

- Anlegen einer Sickerwasserfassung- und Ableitung
- Anlegen von Grundwassermessstellen

Rekultivierung

- Teilweise Überschüttung bereits rekultivierter Flächen
- Änderung des bestehenden Rekultivierungsplans

3.2 Auswirkungen des Vorhabens auf das VRG Regionaler Grünzug

Das VRG Regionaler Grünzug ist flächendeckend über der planfestgestellten Deponie (mit Ausnahme des südöstlichen Randbereichs in dem ein VBG Regionaler Grünzug vorliegt) und großräumig im gesamten Außenbereich der Umgebung ausgewiesen.

In der folgenden Tabelle sind die Grundsätze (G) und Ziele (Z) für das VRG Regionaler Grünzug im Regionalplan Neckar-Alb 2013 dargestellt (linke Spalte). In der rechten Spalte wurden die Auswirkungen des Vorhabens auf die jeweiligen Grundsätze und Ziele erläutert.

Tabelle 2: Auswirkungen des Vorhabens auf die Grundsätze und Ziele des VRG Regionaler Grünzug

Grundsätze und Ziele des VRG Regionaler Grünzug	Auswirkungen des Vorhabens
<p>G (1) Zur Gewährleistung einer ausgewogenen Siedlungsstruktur, zur Stabilisierung des Siedlungsklimas und zur Erhaltung der landschaftlichen Erholungsqualität und eines ausgewogenen Landschaftshaushalts sind in der Region Neckar-Alb, unabhängig von der Schutzwürdigkeit einzelner natürlicher Ressourcen, solche Freiräume zu erhalten, die</p> <ul style="list-style-type: none"> - Siedlungskörper voneinander abgrenzen, - zur Durchlüftung und damit zur Verbesserung des Lokalklimas beitragen, - den freien Zugang zur unbebauten Landschaft ermöglichen, - freie (unbebaute) Landschaften miteinander und mit innerörtlichen Grünflächen verbinden, - für die siedlungsnahe Erholung wichtig sind sowie - wichtige ökologische Funktionen besitzen. 	<p>Die Deponie wird bis zur vollständigen Verfüllung abschnittsweise rekultiviert. Der Rekultivierungsplan orientiert sich an der bestehenden Genehmigung. Es werden Flächen zur landwirtschaftlichen Grünlandnutzung, Gehölze und weitere ökologisch hochwertige Flächen vorgesehen. Nach Abschluss der Rekultivierung ist die Deponie für die Öffentlichkeit wieder zugänglich. Durch die jetzt geplanten größeren jährlichen Verfüllmengen wird sich die Dauer bis zur abschließenden Verfüllung voraussichtlich verkürzen, so dass die abschließende Rekultivierung früher erfolgen kann.</p> <p>Die jetzige Planung sieht keine neuen baulichen Anlagen (Gebäude) auf dem Deponiegelände vor. Die bestehenden befestigten Flächen für Zwischen- und Grüngutlager bleiben in ihrer jetzigen Größe erhalten (gemäß genehmigter Planfeststellung).</p> <p>Die Deponieform wird weitgehend gemäß genehmigter Planfeststellung ausgeführt, so dass keine Kaltluftabflussströme beeinträchtigt werden.</p> <p>Auf der rekultivierten Deponiefläche werden Flächen zur Luftregeneration (Gehölze) und großflächig Flächen für die Kaltluftbildung (Grünlandflächen) entwickelt.</p> <p>Der freie Zugang zur Landschaft wird nach vollständiger Rekultivierung über die Einrichtung von Wegeverbindungen wieder ermöglicht.</p> <p>Die Ausführung der geplanten Rekultivierung erfolgt sukzessive nach Beendigung eines Auffüllabschnitts. Hochwertige Lebensräume insbesondere für Vögel (Feldlerche</p>
<p>Z (2) Große zusammenhängende Freiräume in der Region sind</p>	<p>Die jetzige Planung sieht keine weiteren baulichen Anlagen (Gebäude) und keine</p>

Grundsätze und Ziele des VRG Regionaler Grünzug	Auswirkungen des Vorhabens
gemeindeübergreifend langfristig zu erhalten. Sie sind als regionale Grünzüge (Vorranggebiet) festgelegt und in der Raumnutzungskarte dargestellt.	Erweiterung der befestigten Flächen auf dem Deponiegelände vor. Die Rekultivierung erfolgt sukzessive nach Einbaufortschritt und sieht eine landschaftstypische Gestaltung vor (Magere Grünlandflächen, Gehölze, Saumstrukturen).
Z (3) Regionale Grünzüge, die als Vorranggebiet festgelegt sind, sollen von Besiedlung und anderen funktionswidrigen Nutzungen freigehalten werden.	s.o.
<p>Z (5) Regionalbedeutsame Infrastruktureinrichtungen, für die ein öffentliches Interesse besteht, sind in regionalen Grünzügen (Vorranggebiet) ausnahmsweise zulässig, wenn sie außerhalb nicht verwirklicht werden können.</p> <p>Dies können sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> -Insbesondere regionalbedeutsame Infrastruktureinrichtungen, für die ein hohes öffentliches Interesse besteht, wie touristische Einrichtungen und Vorhaben mit überregionaler Reichweite des Biosphärengebiets Schwäbische Alb, des Geoparks Schwäbische Alb, des Schwäbischen Streuobstparadieses und in der Naturparke Obere Donau und Schönbuch oder vergleichbarer Gebietskategorien; -Vorhaben mit regionaler Reichweite, die für den freiraumbezogenen Tourismus von Bedeutung sind und denen ein qualifiziertes Gesamtkonzept zugrunde liegt; -freiraumbezogene Freizeit- und Erholungseinrichtungen mit untergeordneter baulicher Prägung, sofern sie überörtliche Bedeutung haben und in die Landschaft eingebunden werden können. <p>Dies gilt auch für Vorhaben gemäß § 35 Abs. 1 Baugesetzbuch und für Schuppengebiete für nicht privilegierte Landbewirtschaft, für letztere unter folgenden Voraussetzungen: [...]</p>	-
Z (6) In der Raumnutzungskarte kommt es zu Überlagerungen von regionalen Grünzügen (Vorranggebiet) mit Gebieten für Naturschutz und Landschaftspflege, Gebieten für Landwirtschaft, Gebieten für Forstwirtschaft, Gebieten zur Sicherung von Wasservorkommen, Gebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz, Gebieten für den Abbau	Es bestehen keine Überlagerungen im betroffenen Bereich.

Grundsätze und Ziele des VRG Regionaler Grünzug	Auswirkungen des Vorhabens
<p>oberflächennaher Rohstoffe und Gebieten zur Sicherung von Rohstoffen (jeweils Vorranggebiete).</p> <p>Im Konfliktfall ist jeweils dem Naturschutz und der Landschaftspflege, der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, dem vorbeugenden Hochwasserschutz sowie dem Rohstoffabbau und der Rohstoffsicherung der Vorrang einzuräumen.</p> <p>(...)</p>	

3.3 Ergebnis/ Einschätzung zur Zielabweichung

Die als Vorranggebiet festgelegten regionalen Grünzüge sind von Besiedelung und anderen funktionswidrigen Nutzungen freizuhalten. Dazu zählen Vorhaben, die bauliche Anlagen und Flächenversiegelung nach sich ziehen.

Die jetzige Planung sieht keine neuen baulichen Anlagen (Gebäude) auf dem Deponiegelände vor. Die bestehenden befestigten Flächen für Zwischen- und Grüngutlager bleiben in ihrer jetzigen Größe erhalten (gemäß genehmigter Planfeststellung).

Die Rekultivierung erfolgt sukzessive nach Einbaufortschritt und sieht eine landschaftstypische Gestaltung vor (Magere Grünlandflächen, Gehölze, Saumstrukturen). Die Rekultivierungsplanung sieht damit die vollständige Wiederherstellung eines natürlichen Zustands vor.

Nach Z (5) des Regionalplans sind regionalbedeutsame Infrastruktureinrichtungen, für die ein öffentliches Interesse besteht, in regionalen Grünzügen (Vorranggebiet) ausnahmsweise zulässig. Grundvoraussetzung hierfür ist der Nachweis, dass zumutbare Alternativen außerhalb der regionalen Grünzüge fehlen sowie das Vorliegen eines öffentlichen Interesses.

Beim Vorhaben handelt es sich um eine regionalbedeutsame Infrastruktureinrichtung. Mit der Verwirklichung des Deponieausbaus wird über einen Zeitraum von über 25 Jahren die Entsorgungssicherheit für die Deponierung von DK 0 und DK I Abfällen für den gesamten Zollernalbkreis gewährleistet.

Im Rahmen des Suchverfahrens wurden Alternativen geprüft. Die Alternativenprüfung wurde in Anlage 5-1 der Planfeststellungsunterlagen zusammenfassend dargestellt. Das Vorliegen des öffentlichen Interesses wurde in Kapitel 2.5 des Erläuterungsberichts zur Planfeststellung dargelegt.

Balingen, den 19.12.2019



i.A. Dipl. Biol. Annemarie Weitbrecht